

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

52. Sitzung  
15. Mai 2025

Beginn: 09.06 Uhr  
Schluss: 12.09 Uhr  
Vorsitz: Lars Düsterhöft (SPD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

**Catrin Wahlen** (GRÜNE) stellt die im Vorfeld schriftlich eingereichte Frage:

„Nach den ablehnenden Aussagen des Regierenden Bürgermeisters bezüglich der Vorstellung des Referentinnenentwurfs zur Ausbildungsplatzumlage durch Senatorin Kiziltepe: Gelten die Richtlinien der Regierungspolitik weiterhin?“

**Staatssekretärin Micha Klapp** (SenASGIVA) führt aus, die Richtlinien der Regierungspolitik sähen das Ziel von 2 000 zusätzlichen Ausbildungsverträgen bis Anfang 2026 vor. Auf dem Weg dahin arbeiteten alle Bündnispartnerinnen und Bündnispartner an der Umsetzung der Maßnahmen des Maßnahmenkatalogs, der in der zweiten Bündnissitzung verabschiedet worden sei. Falls das Ziel von 2 000 Ausbildungsverträgen nicht erreicht werde, werde ein Gesetzesentwurf für die Einführung der Ausbildungsplatzumlage erarbeitet. So stehe es in den Richtlinien der Regierungspolitik, und so sei SenASGIVA vorgegangen. Nach § 37 der GGO II sei die frühzeitige Einleitung der Beteiligung vorgesehen. Nach dieser Maßgabe finde auf Grundlage der Richtlinien der Regierungspolitik die Umsetzung statt. Insofern könne sie ausnahmslos bejahen, dass die Richtlinien in Umsetzung seien und es auch weiterhin sein würden. Bis zum 23. Mai werde man die Rückmeldungen von den Senatsverwaltungen erhal-

ten. Nach der frühzeitigen Beteiligung würden dann auch die Fraktionen und die Stakeholder in die Diskussion eingebunden. Auch der Referentenentwurf werde mit dem Bündnis für Ausbildung zu diskutieren sein.

**Catrin Wahlen** (GRÜNE) bittet um eine Präzisierung der Zeitschiene. Wann komme der Entwurf ins Abgeordnetenhaus? Gebe es schon positive Mitzeichnungen aus anderen Senatsverwaltungen?

**Staatssekretärin Micha Klapp** (SenASGIVA) wiederholt, bis zum am 23. Mai hätten die Rückmeldungen aus der Senatskanzlei und den weiteren zuständigen Senatsverwaltungen zu erfolgen. Da es sich um einen internen Verwaltungsvorgang handle, bewegten sich die Erarbeitungen auf den jeweiligen Verwaltungsebenen. Die Fristen würden gewöhnlich ausgeschöpft, weshalb sie noch nicht mehr sagen könne. Im Rahmen der weiteren Umsetzung der GGO werde man die Rückmeldungen einarbeiten. Für die Einbindung der Fraktionen könne sie noch keinen Zeitpunkt nennen, da dies von der Zahl der Rückmeldungen abhängig sei.

**Katina Schubert** (LINKE) stellt die im Vorfeld schriftlich eingereichte Frage:

„Wie bewertet der Senat die ersatzlose Streichung der Widerspruchsbeiräte nach dem SGB IX und SGB XII (§ 34 AZG) im Rahmen der Verwaltungsreform?“

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) erläutert, die Abschaffung der Widerspruchsbeiräte sei in allen Ländern außer Bremen und Schleswig-Holstein vollzogen worden. Die Beiräte tagten in einem Zeitraum von sechs bis acht Wochen, was zu Verzögerungen bei Klageverfahren führe. In der Regel würden Ablehnungen erteilt. Verfahrenstechnisch mache die Streichung insofern Sinn. Zudem folge man damit einem Beschluss des Rats der Bürgermeister, der im Oktober 2024 diesen Wunsch geäußert hätte.

**Katina Schubert** (LINKE) fragt, welche alternativen Möglichkeiten es dann gebe, um Widerspruch zu äußern.

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA) antwortet, die Widerspruchsverfahren führten dazu, dass der Bescheid später ankomme und man erst dann in ein Klageverfahren gehen könne. Der Klageweg bleibe bestehen und verlaufe nun deutlich schneller.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft** erklärt den Tagesordnungspunkt für abgeschlossen.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

**Staatssekretärin Micha Klapp** (SenASGIVA) berichtet, am 5. Mai 2025 habe eine Pressekonferenz von Senatorin Kiziltepe gemeinsam mit der Vorsitzenden des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Katja Karger, zum DGB-Index Gute Arbeit 2024 stattgefunden. Dieser werde alle zwei Jahre veröffentlicht. Schwerpunkt sei das Thema Personalmangel und Fachkräftesicherung gewesen. In Berlin liege der Gesamtindex bei einem Wert von 64 Punkten und nähere sich im Vergleich zu den Vorjahren kontinuierlich dem oberen Mittelfeld an. Berlin liege

nur einen Punkt hinter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Dies sei zwar erfolgreich, verweise aber auch auf Optimierungsbedarfe. Aus dem Bericht gehe hervor, dass bessere Arbeitsbedingungen zu einer geringeren Fluktuation und einem geringeren Personalmangel führten. Die Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit lieferten eine gute Grundlage, um die Fachkräftestrategie voranzubringen und entsprechende Datengrundlagen zu schaffen. Am 30. Juni 2025 werde von 16 bis 18 Uhr im Rathaus Schöneberg eine Veranstaltung mit den vier bezirklichen Beauftragten für Gute Arbeit stattfinden. Dort würden die Ergebnisse vorgestellt. Die Abgeordneten seien herzlich eingeladen daran teilzunehmen.

Zum Thema Übernahme der SGE-Kräfte im VBB-Begleitservice könne sie mitteilen, dass SenMVKU bestätigt habe, dass den SGE-Beschäftigten im VBB-Begleitservice ein Vertrag bei ihrem Träger angeboten werde und diese weiter im VBB-Begleitservice arbeiten könnten. SenFin habe bestätigt, dass finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt würden.

**Katina Schubert** (LINKE) möchte wissen, warum nicht auch in anderen Bereichen, in denen SGE-Beschäftigte tätig seien, so verfahren werde wie beim VBB-Begleitservice.

**Damiano Valgolio** (LINKE) fragt, ob es für weitere Träger die Überlegungen gebe, Mittel bereitzustellen, damit die SGE-Beschäftigten dort dauerhaft beschäftigt werden könnten.

**Staatssekretärin Micha Klapp** (SenASGIVA) bemerkt, gemeinsam mit SenFin und weiteren zuständigen Senatsverwaltungen habe man bereits Lösungen gefunden, die jenseits der gestellten Frage lägen. Man habe etwa für die Stadtteilmütter gute Lösungen erwirken können. Mit SenBJF sei man zu anderen Fragen im Austausch. Auch hausintern würden Lösungsideen entwickelt. Aktuell müsse noch für circa 480 SGE-Beschäftigte eine Beschäftigungsperspektive gefunden werden. Sie erinnere an die bereits vorgestellte Senatsvorlage. Das SGE-Projekt sei als Erfolg zu bezeichnen und müsse auch erfolgreich enden. Ob am Ende alle SGE-Beschäftigten gut unterkämen, bleibe abzuwarten, könne im Verlauf der letzten Monate aber als erreichbar bezeichnet werden. Schwierigkeiten blieben aber bestehen, weshalb man auch Paketlösungen diskutiere müsse. Man befinde sich aktuell im Haushaltsaufstellungsverfahren und suche nach kreativen Lösungen. Alle Beteiligten in den Senatsverwaltungen arbeiten daran, die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen. Auch der begleitende Coachingansatz sei weiter zu verfolgen, da den SGE-beschäftigten auch über die Entgeltgruppen 1 bis 3 hinaus Möglichkeiten eröffnet werden sollten.

**Catrin Wahlen** (GRÜNE) führt aus, auch die Tariftreue sei maßgeblich für die Fachkräftesicherung und die Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit. Der Tarifvertrag im Persönlichen Arbeitgeberinnen- und Arbeitgebermodell für Menschen mit Behinderungen werde bislang nicht vollumfänglich anerkannt. Wie schlage sich dies im Bericht nieder, und welche nächsten Schritte werde SenASGIVA diesbezüglich gehen?

**Vorsitzender Lars Düsterhöft** weist darauf hin, dass der Tarifvertrag im Persönlichen Arbeitgeberinnen- und Arbeitgebermodell im Bericht aus der Senatsverwaltung kein Thema gewesen sei. Es stehe der Senatsverwaltung frei, darauf zu antworten. Er verweise zudem auf die anstehende Anhörung zum Thema unter Tagesordnungspunkt 4.

**Staatssekretärin Micha Klapp** (SenASGIVA) erklärt, man treibe den Bereich der Tarifbindung im Land Berlin weiter voran. Die Ergebnisse des Berichts lieferten dafür eine Steilvor-

lage. Tarifvertragskonstellationen mit drei Akteuren würden grundsätzlich andere Fragen auf als Tarifvertragskonstellationen zwischen zwei Akteuren. Die Berichtsergebnisse basierten auf Tarifvertragskonstellationen mit zwei Akteuren. Auch sie verweise auf die anstehende Anhörung.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft** erklärt den Tagesordnungspunkt für abgeschlossen.

### Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0232](#)  
**Sonderfahrdienst: Weiterentwicklung,**  
**Ausschreibung & Finanzierung 2026/2027**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) ArbSoz
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0081](#)  
**Inklusionstaxi – Bestandsaufnahme und**  
**Wiederaufnahme der Förderung**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) ArbSoz

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

### Punkt 4 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0250](#)  
**Umsetzbarkeit eines Rahmenvertrags für die**  
**persönliche Assistenz im Arbeitgeber:innenmodell**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) ArbSoz

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Stand der Verhandlungen zum Berliner  
Rahmenvertrag Eingliederungshilfe**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke)

[0201](#)  
ArbSoz

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 14.11.2024

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion  
Drucksache 19/2243  
**Inklusion mit Augenmaß – Förderschul-Garantie-  
Gesetz**

[0231](#)  
ArbSoz  
BildJugFam(f)

**Der Ausschuss** empfiehlt ohne Aussprache, den Antrag – Drucksache 19/2243 – abzulehnen.  
Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Bildung,  
Jugend und Familie.

Punkt 7 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.